



2. Ausgabe, Mittwoch, 11. November 2009

freie
Universität
Stuttgart

STUDIERENDEN

ZEITUNG

„Kommen Sie doch in meine Sprechstunde...“

von Nils Langer

Es gibt Tage, an denen fühlt man sich wie ein Kassenpatient beim Zahnarzt. Seltene Sprechzeiten und bezahlen muss man auch viel zu viel selbst; zum Beispiel Skripte und Bücher, die zum elementaren Prüfungsstoff gehören.

An der Uni werden wir häufig nicht gut betreut, von schneller Problemlösung ist man meist weit entfernt; es sei denn, die ist: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen, fragen Sie mal Ihre Fachschaft.

Auch sonst ist nicht alles Gold, was in den Vierfarb-Prospekten glänzt. Zu viele Prüfungen, unverständliche Bürokratie und nicht zuletzt (Leistungs-) Anforderungen an Stundenpläne, die zeitlich nur mit Überschneidungen und Verspätungen zu realisieren sind. Wir können uns nunmal nicht teilen, um an zwei Vorlesungen oder Seminaren gleichzeitig teilzunehmen.

Und wie vielen geht es auch uns so,

dass wir uns – warum auch immer – lieber jahrelang in der Mensa mit den KommilitonInnen gemeinsam aufregen, statt mit der Fachschaft genau das zu ändern.

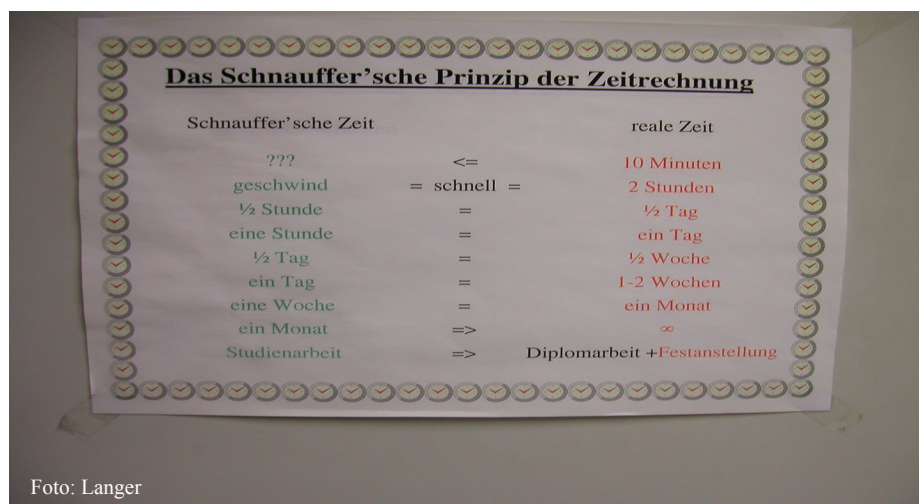
Aus dieser Erkenntnis ist die Idee geboren, im neuen Semester eine neue Reihe zu starten, die genau solche Mängel benennt. Wir wollen euch ein Forum geben, die großen und kleinen Dinge aufzudecken, die das Studium nur unnötig unsympathisch gestalten.

Und auch die Fachschaften sollen davon profitieren, denn nur wenn sie wissen, was ihr denkt, können sie sich für Änderungen stark machen.

Falls ihr wollt, helfen wir beim Formulieren, Gruppenarbeiten sind willkommen und eure Namen müsst ihr natürlich nicht veröffentlichen.

Schreibt an: streikzeitung2009@gmail.com

Viel Spaß beim Meckern wünscht
euer AK Bildung!



Studierendenstreik in Österreich

Stuttgart, 31.10.2009

Solidarische Grüße an alle streikenden Studierenden in Österreich!

Wir, die FachschaftsVertreterInnenVersammlung der Universität Stuttgart, erklären uns solidarisch mit den Protesten gegen die Missstände im gegenwärtigen

Hochschulsystem! Auch wir haben dieses Jahr in Deutschland während des Bildungsstreiks auf die Probleme im Hochschulbereich aufmerksam machen können. Das war zwingend notwendig, denn auch hier haben wir mit den gleichen Ungerechtigkeiten zu kämpfen, die sich während den letzten Jahren im gesamten Bologna-

Aus dem **Inhalt:**

Seite 2:
Kürzungen im Kommunalhaushalt

Seite 3:
Die Reform der Reform

Seite 4:
CDU schafft Studiengebühren ab - im Saarland

Raum zunehmend gezeigt haben. Obwohl es auch heute noch zahlreiche Bundesländer gibt, die ohne Studiengebühren auskommen, werden diese wider besseren Wissens immer öfter durchgesetzt. Dies führt zu einer sozialen Auslese, die wir nicht unterstützen. Weitere finanzielle Zugangsbarrieren verschärfen diese Situation, dadurch wird vielen Interessierten der Eintritt ins Studium verwehrt. Diese Maßnahmen lassen sich wohl darauf zurückführen, dass schlichtweg ein Kapazitätsproblem an den österreichischen Hochschulen vorherrscht. Statt jedoch die wenigen vorhandenen Studienplätze zu rationieren, müssen die Kapazitäten ausgebaut werden! Desweiteren fordern wir für alle Bachelor-AbsolventInnen einen rechtlichen Anspruch auf Zulassung zum Masterstudium und die damit verbundene Abschaffung der entsprechenden Hürden.

Wir als Studierendenvertreter sehen die persönliche Wesensentwicklung der Studierenden während ihrer Studienzeit als Kernelement der Bildung und unterstützen daher die Forderungen nach einer Abkehr

von der Ausrichtung auf eine rein wirtschaftliche Verwertbarkeit des Studiums. Zudem ist es leider immer noch der Regelfall, dass im universitären Betrieb katastrophale Arbeitsbedingungen herrschen und Gleichstellung nur auf dem Papier existiert. Hochschulen müssen aus unserer

Entscheidungsfindungsprozesse auf allen Ebenen, insbesondere der Mittelvergabe in Forschung und Lehre, erreicht werden.

Aus diesen Gründen begrüßen wir Eure Aktionen und wünschen uns, dass daraus eine konstruktive Diskussion mit den Verantwortlichen erwächst, die konkrete Verbesserungen in Richtung



Sicht, auch wegen ihrer Ausstrahlung auf die Gesellschaft, endlich darauf hinwirken, in diesen Bereichen vorbildlich zu agieren.

Diese Ziele lassen sich allerdings nur an einer ausfinanzierten Hochschule mit demokratischer Mitbestimmung aller ihrer Mitglieder realisieren. Doch die kann nur durch transparente

freier Bildung in demokratischen Hochschulen bewirkt.

Wir, die FaVeVe der Universität Stuttgart, stehen hinter Euch! Viel Erfolg!

Phillip Rohrbacher, Nils Langer, Pablo V. Hildebrandt
Fachschaften VertreterInnen
Versammlung Universität Stuttgart

Kürzungsvorschläge für den Kommunalhaushalt betreffen auch Studenten

von Wolfram Klein

Am offensichtlichsten betrifft der Vorschlag der Verwaltung das Studiticket zu streichen die Studierenden. Damit will die Stadt 800.000 Euro sparen. Das bedeutet nicht, dass das Studiticket ganz wegfallen würde. Das ist ja auch gar keine Leistung der Stadt, sondern der VVS (die wir mit unserem Studentenwerksbeitrag mit finanzieren). Worum es dabei geht, ist, dass die Stadt in den letzten Jahren Studierenden, die ihren Erstwohnsitz nach Stuttgart verlegt haben, das Semesterticket für ein Semester gezahlt hat. Das soll jetzt gestrichen werden.

Insofern ist dieser Kürzungsvorschlag

ziemlich trickreich. Er soll im Dezember beschlossen werden, betroffen sind vor allem Studierende, die in den nächsten Jahren ihr Studium in Stuttgart beginnen werden, aber jetzt noch keine Ahnung haben, dass es sie einmal nach Stuttgart verschlagen wird. Offenbar gehen die Verwaltungsmenschen, denen das eingefallen ist, davon aus, dass die jetzigen Studierenden so unsolidarisch sind, dass sie das ruhig geschehen lassen, wenn sie nicht direkt betroffen sind.

Trickreich ist der Vorschlag auch in anderer Hinsicht: Mit dem kostenlosen Studiticket für ein Semester wollte die Stadt bisher Studierende quasi bestechen, ihren Erstwohnsitz

nach Stuttgart zu verlegen. Jetzt will sie das gewissermaßen durch Erpressung erreichen: Studierende und andere, die einen Zweitwohnsitz in Stuttgart haben, sollen ab 2011 eine Zweitwohnsitzsteuer von 10% der Nettokaltmiete zahlen.

Die Stadt beteuert, dass Kitas und Schulen von den Kürzungen nicht betroffen sein sollen. Das ist ein schwacher Trost, da dort höhere Ausgaben dringend notwendig wären. In den Kindertagesstätten bedeutet der Tarifabschluss vom Sommer höhere Personalkosten. Wenn die Mittel für die Kitas nicht erhöht werden, muss das Geld anderswo gekürzt werden. Bei den Schulen gibt es einen Sanierungsstau von

offiziell 318 Millionen Euro. Konkret heißt das, dass die Sporthallen des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums und der Altenburgschule wegen Baufälligkeit geschlossen sind. Laut Schulbürgermeisterin Eisenmann dürfte es in 25 weiteren Schulgebäuden Statikprobleme geben.

Anderswo gibt es sogar Kürzungen. Beim Jugendamt sollen 46,5 Stellen gestrichen und 6 Millionen Euro jährlich gekürzt werden. 3.330 Kleinkind-Kitaplätze fehlen. Der Mangel an Hortplätzen verschärft sich. Bestehende Plätze werden teurer. Für einen Krippenplatz sollen Eltern einen Zuschlag von 30 Euro im Monat bezahlen. Der Sprachförderung in Kitas mit hohem Migrantenanteil ist bedroht.

Bisher hat die Familiencard auch Normalverdienern 90 Euro pro Kind im Jahr sowie 20% Ermäßigung bei der Musikschule und den Waldheimferien gebracht. Künftig sollen nur noch die Bonuscard-Besitzer diese Vergünstigungen erhalten. Der städtische Zuschuss für das Scoolabo soll von 7,70 auf 5 Euro gekürzt werden. Gleichzeitig erhöht die SSB ab Januar erneut die Fahrpreise.

An den Schulen soll das Mittagessen teurer werden. Die Schulsozialarbeit soll um ca. 15% gekürzt werden. Die Ferienbetreuung der verlässlichen Grundschule wird zusammengestrichen.

Bei der Volkshochschule droht

eine Reduzierung des Angebots um 25% (Wegfall des Nachholens von Schulabschlüssen, der Sprachkurse für ImmigrantInnen). Die Mediothek im Treffpunkt Rotebühlplatz soll geschlossen werden. Das Bildungsangebot der Stadtbücherei für Kindergärten und Schulen soll entfallen. Der Bücherbus soll die Haltestellen in den Stadtteilen seltener anfahren.

Beim Garten- und Friedhofsamt soll die Hälfte der Lehrstellen (d.h. 18 Lehrstellen) gestrichen werden.

Während die Stadt für den Umbau des Stadions für den VfB mindestens 60 Millionen aufbringt, soll der Zuschuss für die Sportvereine gekürzt werden. Gleichzeitig sollen sie für die Anmietung von Schulturnhallen 30% mehr bezahlen. Vor allem die Kinder- und Jugendarbeit wird für die Sportvereine bzw. die Eltern unfinanzierbar. Sportvereine bangen um ihre Existenz.

Es stimmt natürlich, dass die Stadt Stuttgart wie andere Kommunen auch durch die Wirtschaftskrise massive Einnahmeausfälle (v.a. bei der Gewerbesteuer) hat. Aber trotzdem hält die Gemeinderatsmehrheit an Projekten wie Stuttgart 21 fest. Eine Beerdigung dieses Projekts würde die aktuellen Finanzprobleme beseitigen: Würde die Stadt Stuttgart aus Stuttgart 21 aussteigen und der Bahn das gekaufte Gleisgelände wieder zurückgeben, müsste die Bahn sofort 459 Millionen Euro an die Stadtkasse zurücküberweisen. Das

ist noch nicht alles. „Ohne Stuttgart 21 flößen weitere 162,6 Millionen Euro in den Haushalt zurück. Sie stecken im Risikofonds für etwaige Baukostensteigerungen (131 Millionen) oder sind seit 1995 für das Projekt reserviert (29 Millionen) sowie für die Beteiligung an der Anbindung des Flughafenbahnhofs (2,56 Millionen), 12,7 Millionen Euro kostet zudem der Neubau der Neckarrealschule, die wegen Tunnelarbeiten für Stuttgart 21 verlegt werden müssen.“ (Stuttgarter Zeitung vom 6.8.09). Auch das ist längst nicht alles. Müsste die SSB nicht 70 Millionen Euro für die Verlegung der Haltestellen Staatsgalerie und Türlenstraße und zusätzlichen Mehraufwand wegen S 21 bezahlen, bräuchte sie die Fahrpreise nicht zu erhöhen.

Gegen die Kürzungspläne der Stadtverwaltung und Gemeinderatsfraktionen formiert sich Protest. Das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“, Gewerkschaftsgliederungen und andere Organisationen planen eine Großdemonstration am 19. November um 16.00 Uhr auf dem Schillerplatz. Weitere Infos gibt es unter <http://krisenproteste-stuttgart.de/>

Beteiligen wir uns an dem Protest mit Schildern und Transparenten, damit unsere Forderungen sichtbar werden ... und nutzen wir den Protest für die Mobilisierung zur Bildungsdemo am 21. November.

Die Reform der Reform

Kommentar zu den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz vom 15.10.2009

von Lisa Neher

Auf einmal kommen aus der Politik wohlgemeinte Appelle, die Studiengangsreform, die Umstellung von den Magister- und Diplomstudiengängen auf Bachelor und Master, nachzubessern. Grund dafür sind auch die Bildungstreiks

im Juni. Doch mit diesen Versprechen auf Reformen der Reform wird der aufsässige Student nur zum Schweigen gebracht und anstehenden Protesten wird so die Legitimation genommen.

Auf der Kulturministerkonferenz wurde der Beschluss verkündet, dass die Studienzeit des Bachelors von sechs auf sieben oder acht Semester angehoben werden kann, dieses Zugeständnis ist schon insofern eine Farce, dass der Bologna

Prozess Bachelor Studiengängen eine Studienzeit von sechs bis acht Semestern einräumt, für die Durchführung sind die Universitäten selbst zuständig. Das große Versprechen des Bologna Prozesses, die Allgemeingültigkeit von Abschlüssen und die Möglichkeit die erbrachten Leistungen an anderen Unis und in anderen Ländern anerkannt zu bekommen, soll endlich eingehalten werden. Und schließlich soll auch die Prüfungsdichte abgebaut, und damit

der Verschulung der Studiengänge Einhalt geboten werden.

Doch diese Zugeständnisse berühren das Wesen der Umstellung nicht.

Worin liegt der Unterschied eines auf sechs oder acht Semester beschränkten Studiums? Einzig und alleine in einem Jahr mehr Zeit, doch dieser quantitativer Unterschied ist noch lange kein qualitativer. Umgekehrt war die Umstellung von einer Regelstudienzeit, die es in den alten Abschlüssen gab, auf die strikte Vorgabe im Bachelor und Master ein qualitativer Unterschied. Qualitativ heißt, dass hier aus einer Empfehlung (die zwar auch knallharte Folgen z.B. in der BAföG Vergabe mit sich zog, aber nicht mit der Exmatrikulation und dem Verlust des Prüfungsanspruchs sanktioniert werden konnte) eine Reglementierung wurde. Wenn jetzt diese Reglementierung gelockert wird, ändert das nichts daran, dass es eine Regel ist, die dem Studierenden die Freiheit nimmt, selbst entscheiden zu können, wie lange er braucht, um sich gewisse Fähigkeiten und Inhalte

beizubringen.

Das ganze Gerede von einer besseren Studierbarkeit schlägt in die Denkweise, dass die Universität ein Ort ist, an dem man sich Bildung abholen kann. Möglichst studierbar, in kleinen Schritten, die in der Prüfungsordnung vorgegeben sind, serviert. Diese Schritte waren jetzt nicht verdaulich genug und hierin muss korrigiert werden. Diese Denkweise entmündigt den Studierenden und ist so fest verankert, dass diese selbst einen Erfolg in diesen Änderungen sehen. Es ist ein Erfolg, dass die Bildungsproteste im Sommer so groß waren, dass sie nicht gelehnt werden können, die Reaktionen darauf zeugen allerdings nur vom Unverständnis der Forderungen.

Der Tenor ist, der Geist von Bologna ist gut, die Umsetzung schlecht. Doch damit werden die Forderungen des Bildungsstreiks nicht mal ansatzweise erreicht, die unter anderem die Abschaffung des Bachelor- und Mastersystems beinhalten. Diese neuen Studiengänge stehen dafür in einem zweigliedrigen System Unterschiede

zu manifestieren, scheinbar entsteht damit eine neu gewonnene Freiheit zwischen zwei Abschlüssen wählen zu können, aber tatsächlich wird mit der Zweigliedrigkeit eine neue Hürde installiert und keine neue Wahlmöglichkeit geschaffen. Zu diesem Geist gehört auch die feste Vorgabe der Studiendauer. Unter dem Label Bachelor kann es keinen unbegrenzten Studiengang geben. Aber nicht nur, dass die Selbstbestimmung in der Dauer des Studiums beschnitten, sogar ganz aufgehoben wurde, nein auch der Inhalt des Studiums wird in der Modularisierung soweit vorgegeben, dass man nicht mehr von einem selbstbestimmten Studium sprechen kann.

Die Forderung des Bildungsstreiks ist und bleibt ein freies und selbstbestimmtes Studium, d.h. ein freier Zugang zur Universität, unbegrenzte Studiendauer, gleichberechtigte Mitbestimmung an der Hochschule und den Prüfungsordnungen.

CDU schafft Studiengebühren ab – im Saarland

von Nils Langer

Was ist eigentlich gerade los in der Bildungspolitik? Nach all den Wahlen quer durch Deutschland gibt es ganz schön viele Neuerungen und Überraschungen. Die Studis in Thüringen zahlen nichts mehr und im Saarland schafft die CDU die Studiengebühren wieder ab, um Lafontaine ins Leere laufen zu lassen. Haben sich tatsächlich die „politischen Koordinaten“ in der Hochschulpolitik verschoben? Oder geht die Umwandlung von Hochschulen in Unternehmen immer weiter und damit auch die Selbstfinanzierung der Studierenden? Was ist mit Bachelor/Master und Mitbestimmung?

Dieser Text hat sich die Aufgabe gesetzt, einen Überblick über alle neuen Landesregierungen zu schaffen.

Mit der Erkenntnis, dass plakative Forderungen des Bildungsstreiks wie die Gebührenfreiheit zunehmend umgesetzt werden, viele andere aber nicht.

Anmerkung: Die Koalitionsverträge bieten weitaus mehr Diskussionspunkte, die uns als Studierende betreffen, als hier ausgeführt werden kann. Die behandelten Themen stellen sich mir aber als Kernelemente der Hochschulpolitik dar und dienen somit einem Überblick.

Stand: 01.11.2009

Saarland (CDU, FDP, Grüne)

Einen Koalitionsvertrag gibt es noch nicht, aber dem Verbot allgemeiner Studiengebühren haben die Fraktionen der CDU und FDP bereits zugestimmt,

um sich in die Koalition zu retten. Immerhin haben es die Grünen damit geschafft, Kernelemente der schwarz-gelben Bildungspolitik zu kippen.

Bisher gilt im Saarland die staatliche Erlaubnis für Studiengebühren, nicht deren Vorschrift.

Leider lässt sich bisher über die weiteren Entwicklungen der Bildungspolitik an der Saar kaum etwas sagen, da ohne schriftliche Vereinbarungen keine Analyse möglich ist.

Sachsen (CDU, FDP)

Die neue Koalition in Sachsen wird keine allgemeinen Studiengebühren einführen; es wären auch die ersten in den Neuen Ländern. Im Koalitionsvertrag steht jedoch verschwurbelt:

„Sachsen wird keine gesetzlichen Studiengebühren festschreiben. Bei deutlicher Überschreitung der Regelstudienzeit sollen Gebühren erhoben werden. Wir wollen größere finanzielle Handlungs- und Entscheidungsfreiheit für unsere Hochschulen.“

Sätze 1 und 3 erinnern an das Paket des sogenannten „Hochschulfreiheitsgesetzes“ und des geänderten Studienbeitragsgesetzes Nordrhein-Westfalens (NRW) von 2007 – formuliert und beschlossen unter schwarz-gelb. Auch dort wurde die finanzielle Autonomie der Hochschulen beschlossen, ebenso eine Erlaubnis, Studiengebühren von bis zu 500 € einzuführen. Dazu waren schließlich die Hochschulen auch gezwungen, da die staatlichen Mittel nicht mehr ausreichten.

Zudem kündigt Satz 2 Langzeitstudiengebühren an. Diese werden Studierende treffen, die bereits Kinder haben, Verwandte pflegen, engagiert sind oder schlichtweg arm sind und mehr arbeiten müssen. Zweitstudiengebühren gibt es bereits. Ein Bekenntnis zu Wettbewerb zwischen den Hochschulen und größerer Autonomie ist ebenfalls verankert.

Desweiteren steht im Koalitionsvertrag:

„Studenten, die jetzt ein Lehramtsstudium in einer benötigten Fächerkombination aufnehmen und in entsprechender Qualität abschließen, erhalten eine Übernahmegarantie.[...] Wir wollen die leistungsbezogene Vergütung für Lehrer und eine hohe Flexibilität beim Personaleinsatz zwischen den Schulformen“

In welchem Umfang die Übernahmegarantie geschehen soll und ob es sich dabei um Beamtenstellen handeln wird, ist nicht erkennbar. Auch wird die „Flexibilität“ nicht weiter erläutert, doch man kann befürchten, dass Lehrkräfte entgegen ihrer pädagogischen Qualifizierung eingesetzt werden sollen.

Thüringen (CDU, SPD)

Auch die kommende Regierung von CDU und SPD hat einen vorläufigen Koalitionsvertrag online gestellt. Er besagt:

„Es besteht Einigkeit darin, den Verwaltungskostenbeitrag [Anm. d. Red.: etwa 50 € / Semester] an den Thüringer Hochschulen abzuschaffen.“

Außer Langzeitgebühren gibt es damit keine weiteren festen Kosten mehr für Thüringer Studierende. Darüber hinaus wird sich das Land im Bund für eine Bafög-Anpassung an die Inflation einsetzen. Die Autonomie der Hochschulen sowie die Mitbestimmungsrechte sollen bei jetzigem Stand lediglich evaluiert werden. Diese Bewertungen dürfen aus unserer Sicht aber nicht in einer Schublade verschwinden, sondern zum Ausbau studentischer Mitbestimmung führen.

Zum Lehramt heißt es:

„Die Koalition ergreift in der Kultusministerkonferenz die Initiative, gleichwertige Studienabschlüsse für alle Lehrämter festzuschreiben.“

Bisher ist es für Lehramtsstudierende schwierig, zum Berufseinstieg das Bundesland zu wechseln, die Initiative zur Homogenisierung soll dies erleichtern.

Desweiteren sollen die Wohnheimplätze ausgebaut werden, es gibt ein Bekenntnis zur Förderung von Studentinnen und Wissenschaftlerinnen, die noch immer einen unverhältnismäßig kleinen Anteil an den Doktoranden und Professoren stellen.

So gut das auch zunächst klingt: Wie wir wissen, sind nicht die Absichten, sondern „was hinten rauskommt“ entscheidend. Und da müssen erstmal Taten folgen! Doch die Vorsätze sind begrüßenswert.

Auch in Thüringen wird jedoch eine Teilnahme am Exzellenzprogramm angestrebt und der Wettbewerb unter

den Hochschulen bekräftigt. Der AK Bildung hat diese Tendenzen im Bildungstreik kritisiert, denn sie befördern den Umbau der Universität von öffentlichen Einrichtungen zu Unternehmen. Zu dieser Thematik sei auch auf die aktuelle Seminarreihe des AK Bildung hingewiesen.

Schleswig-Holstein (CDU, FDP)

Ungleich stärker verklausuliert kommt der Koalitionsvertrag Schleswig-Holsteins daher. Überraschend spricht sich auch diese Koalition gegen allgemeine Studiengebühren aus. Schließlich hatten 2004 die von der CDU regierten Länder gegen das bundesweite Verbot geklagt (Länderautonomie) und als erste Partei Studiengebühren durchgesetzt:

„CDU und FDP sind sich einig, dass reguläre Studiengänge (zu den Abschlüssen Bachelor, Master, Staatsexamen sowie [...] Magister bzw. Diplom und das Promotionsstudium) frei von Studienbeiträgen sein sollen.“

Ein Bekenntnis zur völligen Gebührenfreiheit fehlt hier, eine Einführung von Langzeitgebühren und Zweitstudiengebühren ist zu befürchten. Zumal die weiteren Punkte – im Gegensatz zu den ostdeutschen Programmen – eine deutlich neoliberale Einstellung zu Bildung offenbaren. So wird Privatschulen eine tragende Rolle im Bildungssystem zugebilligt, entlohnt durch eine zukünftig höhere staatliche Förderung.

Die Ziele des Bologna-Prozesses werden weiter verfolgt, aber die „übermäßige Arbeits- und Prüfungsbelastung der Studierenden“ soll verbessert werden. Ob unter Einbeziehung freier Persönlichkeitsbildung der Prozess mit dieser Regierung durchführbar ist, bleibt fraglich.

Zu den bisherigen Reformen schreibt die neue Koalition:

„In diesem Rahmen werden wir zugleich auch die Regelungen zu den Hochschul- und Universitätsräten

überprüfen (insbesondere im Hinblick auf deren Zusammensetzung und Aufgaben) sowie die Schaffung einer Wissenschaftskommission als Beratungsinstanz für alle Fragen der Hochschulentwicklung unseres Landes zur Diskussion stellen.“

Zu den Hochschulräten sei auf die letzte Ausgabe der Studierendenzeitung hingewiesen (online abrufbar), der Autor beschreibt sie als undemokratische, rein profitorientierte Gremien. Dass eine zentral eingesetzte Wissenschaftskommission die Vorgänge an den einzelnen

Hochschulen besser beurteilen können soll als die gewählten Gremien vor Ort, erscheint mir auch zweifelhaft. Eine Teilnahme an der Exzellenzinitiative soll vorangetrieben werden, die Autonomie im Personal-, aber nicht im Finanzbereich ausgebaut werden.

Besonders ins Auge sticht die angedachte Umwandlung der Uni Lübeck in eine Stiftungsuni:

„Wir werden die von der Universität Lübeck gewünschte Entwicklung hin zu einer Stiftungsuniversität sorgfältig prüfen und unsere Entscheidungen [...] auf das Ziel ausrichten,

die künftige Entwicklung dieser Universität finanziell und strukturell besser abzusichern.“

Die Erläuterung würde den Rahmen sprengen, doch letztlich handelt es sich (je nach Modell) um die mindestens stückweise Loslösung vom Staat und damit um eine Teilprivatisierung der Hochschule. Bisher wurde dieses (US-amerikanische) Modell beispielsweise in Göttingen und Frankfurt/Main angewandt. Eine Stellungnahme der GEW zum Frankfurter Modell erfasst viele wesentliche Punkte, bei uns online abrufbar unter www.akbildungstuttgart.de

„Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“

von Wolfram Klein

Wenn man diese Überschrift des Koalitionsvertrages zwischen Union und FDP im Bund liest, könnte man meinen, dass die Bildung ein zentrales Thema sei. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Das ist nicht überraschend, weil die Föderalismusreform von 2006 die Kompetenzen des Bundes in der Bildungspolitik fast vollständig beseitigt hat. Wenn man sich den Koalitionsvertrag betrachtet, sieht man, dass das Kapitel zu Bildung und Forschung das kürzeste Kapitel des Vertrages ist: es macht nur 6,4% des Textes aus, wovon noch einmal fast die Hälfte die Forschung behandelt. So bleiben für die in der Überschrift in Großbuchstaben prangende „Bildung“ nur noch 3,5% des Textes. Nach wohlklingenden Worten über die Bedeutung von Bildung heißt es dann: „sagen wir der Bildungsarmut den Kampf an.“ (Zeile 2543f.) Die Koalition verspricht, bis zum Jahr 2013 zusätzliche 12 Milliarden Euro für Bildung und Forschung auszugeben. Wie viel davon wirklich für Bildung ist und wie viel für Forschung, wird nicht gesagt. Außerdem gibt es noch die Zeile 559 des Koalitionsvertrags: „Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt.“ Angesichts der für die nächsten Jahre erwarteten

riesigen Haushaltslöcher bedeutet das ein dickes Fragezeichen hinter den 12 Milliarden.

Die Regierung verspricht für jedes Kind ein Startguthaben von 150,- Euro. Einzahlungen von Großeltern, Paten etc. sollen durch Prämien gefördert werden. Allerdings dürfte ein Startguthaben von 150,- Euro gerade mal die Kita-Gebühren für ein paar Wochen abdecken und dann aufgebraucht sein.

Die Regierung will die Begabtenförderung ausweiten. Die Zahl der Stipendiaten soll von 2 auf 10% steigen. Wie diese Förderung derjenigen, die schon im Bildungssystem Erfolg haben, die Bildungsarmut bekämpfen soll, ist das Geheimnis der Koalition. Damit werden überwiegend die gefördert, deren Eltern schon hohe Bildung und hohe Einkommen haben. Und wenn es mal ein Kind aus „bildungsfernen Schichten“ unter die besten 10% schafft, werden 300,- im Monat nicht reichen, um sich voll dem Studium zu widmen. Wenn der Kampf gegen die Bildungsarmut Ernst gemeint wäre, wäre eine Ausweitung des Bafög der nahe liegende Weg. Das Geld für die Stipendien soll zunächst von „Wirtschaft und Privaten“ eingeworben werden. Bis zur Hälfte soll aus öffentlichen Zuschüssen kommen, davon soll wiederum

die Hälfte vom Bund und von den Ländern kommen. Der Anteil des Bundes liegt also maximal bei 25%.

Das sind die einzigen konkreten Aussagen in dem Koalitionsvertrag, in dessen Überschrift groß „Bildung“ steht. Ansonsten gibt es Absichtserklärungen („wir wollen“ und „wir streben an“) und Worthülsen. Und nicht vergessen: Alle Aussagen stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Außerdem macht die Koalition an anderer Stelle Geldversprechen, die die Länder stärker betreffen als den Bund selber. Zum Beispiel leiden unter der geplanten Senkung der Erbschaftssteuer nur die Finanzen der Länder, nicht des Bundes. Der Berliner Finanzsenator Ullmann schätzt, dass von den angekündigten 24 Milliarden Euro Steuerentlastung 14 Milliarden auf Kosten der Länderfinanzen gehen. Die Bremer Finanzsenatorin Linnert schätzt den Anteil der Länder sogar auf 16 Milliarden Euro. Weitere 3,6 Milliarden Euro Einnahmen würden bei den Städten und Gemeinden wegfallen (laut Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes). Sowohl Linnert als auch der rheinland-pfälzische Finanzminister Kühl erklärten, dass sie bei solchen Einnahmeausfällen im Bildungsbereich kürzen müssten. So könnte es darauf hinauslaufen, dass die Bildungsausgaben nicht

nur zu Gunsten einer privilegierten Minderheit umverteilt werden, sondern auch unter dem Strich absolut sinken. Die Alternative ist, dass wir für mehr Geld für Bildung und eine gute

Bildung für alle statt für eine kleine Elite kämpfen – bundesweit und ohne Rücksicht auf die parteipolitische Zusammensetzung der jeweiligen Landesregierung. Die bundesweiten

Bildungsproteste im November und Dezember sind dafür eine gute Gelegenheit.



AK BILDUNG

Re-Education

Hochschulreformen in der Diskussion

**Di., 27. Okt.: Prof. Armin Bernhard: Biopiraterie in der Bildungspolitik.
Einsprüche gegen die herrschende Bildungspolitik.**

**Do. 26. Nov.: Prof. Michael Hartmann: Exzellenzinitiativen:
die soziale Selektion ist entscheidend.**

**Do., 3. Dez.: Prof. Thorsten Bultmann: den lebendigen Geist zu Märkte tragen.
Die unternehmerische Hochschule als Leitbild und Programm.**

Im Januar: Prof. Uwe Meyerhöfer: PISA

Im Februar: Prof. Wolfram Bittlingmayr: noch offen.

Immer aktuell: www.akBildung.stuttgart.de

FaVeVe

Impressum:

Herausgegeben vom
Arbeitskreis Bildung,
ein Arbeitskreis der FaVeVe,
an der Universität Stuttgart
Kriegsbergstrasse 17
70174 Stuttgart
www.akbildungstuttgart.de

Redaktion

Wolfram Klein
Nils Langer
Lisa Neher
Ruwen Stricker

Layout

Ruwen Stricker
Auflage 1500

Die Artikel spiegeln die Meinung der jeweiligen Autoren wider und müssen nicht der Meinung des AK Bildung entsprechen. Bei Leserbriefen behält sich die Redaktion Kürzungen vor.

IM RAHMEN DER BUNDESWEITEN AKTION

BILDUNGSSTREIK

WIR MACHEN WEITER
JETZT ERST RECHT!



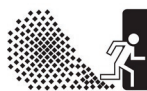
LANDESWEITE

DEMONSTRATION

SAMSTAG 21.11.09

**14:30 UHR LAUTENSCHLAGERSTR.
AM HBF - STUTTGART**

www.bildungsstreik-bawue.de



AK BILDUNG

Ein Arbeitskreis der
FaVeVe

www.akbildungstuttgart.de

Kontakt zur Redaktion, Leserbrief, Lob, Kritik, Tadel : streikzeitung2009@gmail.com

V.i.S.d.P.: AK Bildung, c/o Universität Stuttgart, Heilbronner Str.7, 70174 Stuttgart